

VOLKER ZIMMERMANN

Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei 1945–1969: Überlegungen zur „brüderlichen Zusammenarbeit“ zweier sozialistischer Staaten

„Keine strittigen und offenen Fragen“ trübten das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, verkündeten die Regierungen beider Staaten am 23. Juni 1950 in einer gemeinsamen Deklaration¹. Sie legten damit die konfliktreiche Vergangenheit der Beziehungen scheinbar ad acta: die Nationalitätenkämpfe in Böhmen und Mähren im 19. und 20. Jahrhundert, die NS-Besatzungszeit sowie die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine neue Epoche breche an, so lautete die Botschaft – eine Zeit der Freundschaft zwischen den Völkern auf der Basis des Internationalismus. Nationale Interessen oder gar Gegensätze spielten in dieser Vorstellung bilateraler Beziehungen offiziell keine Rolle.

Dass die Propaganda von der Solidarität zwischen sozialistischen Staaten kaum den Tatsachen entsprach, scheint offensichtlich zu sein. Weder die sowjetische Führungsmacht noch ihre Verbündeten konnten ernsthaft erwarten, nationale Interessen und Gegensätze würden allein deswegen von der Bildfläche verschwinden, weil dies so verordnet wurde. War aber die „brüderliche Zusammenarbeit“² von Beginn an nur eine kommunistische Propagandafloskel, die das Bündnis gegen den Klassenfeind schmiedete half? Oder sind nicht doch feinere Erklärungsmuster zu entwickeln, um der Realität der Beziehungen auf die Spur zu kommen?

Denn mit welcher Intention die Form der Außenbeziehungen auch immer gestaltet wurde: Eine Wirkungsgeschichte ist allemal zu unterstellen. Die Kontakte zwischen sozialistischen Staaten reichten in sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens hinein, die politische, kulturelle und wirtschaft-

¹ Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik IV (Berlin [Ost] 1957) 247f.

² So das Zentralkomitee der SED in einem Grußschreiben an den XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Juni 1966. Zitiert nach: Autorenkollektiv, DDR-ČSSR. Brüderlich vereint (Berlin [Ost] 1967) 54.

liche Zusammenarbeit war eng verzahnt. Auch standen solche Beziehungen auf einem Fundament, das sowohl historisch als auch theoretisch begründet wurde. Internationale Beziehungen seien ohne nationale Konflikte denkbar, wenn nur „Klassenkonflikte“ beseitigt seien, so die Argumentation³.

Wie dieses außenpolitische Konzept auf bilateraler Ebene verwirklicht wurde, ist bisher selten analysiert worden. Gerade anhand der Beziehungen zweier Staaten auf verschiedenen Ebenen können aber exemplarisch die Bedingungen der Kooperation im sozialistischen Lager ermittelt, ihre Komplexität ermessen und ihre verschiedenen Entwicklungsphasen nachvollzogen werden. Die DDR und die Tschechoslowakei eignen sich für eine solche Untersuchung wegen ihrer großen Bedeutung für das östliche Bündnis. Beide Staaten besaßen gemeinsame Grenzen mit der Bundesrepublik Deutschland und waren somit westliche Vorposten. Sie hatten historisch gewachsene Gegensätze zu überwinden und wiesen sowohl kulturell als auch wirtschaftlich viele Gemeinsamkeiten auf. Die Wahl des Untersuchungszeitraums bestimmen die Errichtung der sowjetischen Besatzungsherrschaft über den östlichen Teil Deutschlands im Jahre 1945 und die Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbestrebungen 1968/69, in deren Folge die Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei stark erschüttert wurden und dann mühsam reaktiviert werden mussten.

FRAGESTELLUNGEN

Eine Analyse der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten sollte die ganze Bandbreite der Zusammenarbeit in den Blick nehmen. Dies erfordert nicht nur ein Studium ihrer diplomatischen Beziehungen, sondern auch die Untersuchung der Kontakte zwischen Massenorganisationen, Kreisen und Bezirken sowie kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen. Schließlich muss, wo dies anhand der Quellenlage möglich ist, auch eine Beantwortung der Frage versucht werden, wie Teile der Bevölkerungen beider Staaten die Beziehungen interpretierten und jeweils ihr Gegenüber betrachteten.

Dafür sind zunächst die Jahre 1945 bis 1949 zu untersuchen, die Zeit vom Kriegsende bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Wie erste Begegnungen zwischen Funktionären beider Staaten verliefen und wer die Protagonisten dieser Kontakte waren, ist dabei ebenso von Interesse wie die Frage, wie die zumindest in der Tschechoslowakei bis Februar 1948 noch

³ Vgl. hierzu zusammenfassend: Eberhard Schulz, Bestimmungsfaktoren, in: Hans-Adolf Jacobsen, Gert Leptin, Ulrich Scheubner, Eberhard Schulz (Hgg.), *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR* (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 44, München/Wien ²1980) 201–231.

freie Presse die SBZ beurteilte. Ob inoffizielle Kontakte den späteren Beziehungen als Fundament dienten, kann nachfolgende Entwicklungen erklären helfen.

Ein wichtiger Aspekt der Beziehungen nach 1949 war die Kooperation in politischen Fragen, insbesondere in der Deutschlandpolitik. Dabei sind zwei Ebenen zu unterscheiden: die der einträchtigen Zusammenarbeit und die der Konflikte. Viele wissenschaftliche Darstellungen sind auf der Suche nach dem „Besonderen“ und weisen darauf hin, dass es Konflikte innerhalb des nach außen hin geschlossen auftretenden östlichen Lagers gegeben habe⁴. Neben den Konflikten, die natürlich ausführlich herausgearbeitet werden müssen, existierten aber auch eine „Normalität“ der Beziehungen und damit eine weitgehend einträchtige Zusammenarbeit. Deren Darstellung kann verdeutlichen, dass eine einseitig auf Konflikte gerichtete Perspektive der Realität der Beziehungen kaum gerecht wird. Wenn „Normalität“ nicht allein als Abwesenheit von Konflikt begriffen wird, müssen Entwicklung und Dichte der Kooperation erfasst werden: welche Zäsuren zu erkennen und welche Phasen der politischen Zusammenarbeit zu unterscheiden sind, welche thematischen Akzente die jeweilige Phase bestimmten. Die ökonomische Ebene der Beziehungen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls von Interesse.

Ein weiteres Themenfeld, das einer Analyse der Beziehungen größere Tiefenschärfe geben kann, sind die kulturellen Kontakte zwischen beiden Staaten. Bekanntlich kam es zwischen ostdeutschen und tschechoslowakischen Funktionären in den sechziger Jahren wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Kulturpolitik zu Meinungsverschiedenheiten. Diese Zusammenhänge sind in der Literatur bereits beschrieben worden⁵. Was aber bedeutete kulturelle Zusammenarbeit für die Ausgestaltung von Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten im Detail? Die Frage, worin die ursprünglichen Ziele bestanden, ab welchem Zeitpunkt der Austausch von Ausstellungen, Filmen, die Übersetzung von Literatur und die Organisation gemeinsamer Konferenzen zur alltäglichen Praxis gehörten, besaß durchaus tief greifenden Einfluss auf die gegenseitige Wahrnehmung der Partner sowohl in den Medien als auch im Bewusstsein der Bürger. Gerade aufgrund der beschränkten Möglichkeiten eines kulturellen Austausches in Staaten

⁴ So pointiert: Sheldon Anderson, *A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945–1962* (Boulder, Col./Oxford 2001).

⁵ Vgl. z.B. Adolf Müller, Bernard Utitz, *Deutschland und die Tschechoslowakei. Zwei Nachbarvölker auf dem Weg zur Verständigung* (Reihe bonn-aktuell, Freudenstadt 1972) 91ff. Siehe zu diesem Thema ausführlich: Wolfgang Schwarz, *Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR von 1961–1968. Gemeinsamkeiten und Konflikte* (Diss. Regensburg 1998), neuerdings publiziert unter dem Titel: *Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968* (München 2004).

des östlichen Lagers war jede Folkloreveranstaltung eine willkommene Abwechslung in der durch die Abschottung gegenüber dem westlichen Ausland zwangsläufig vorherrschenden kulturellen Monotonie. Was die Parteiführungen in beiden Ländern unternahmen, um Ausstellungen und Filmaustausch zu fördern, berührt deswegen bereits das Thema der Systemstabilisierung. Gleichzeitig barg aber gerade ein solcher intensiver Austausch bei einem unterschiedlichen kulturpolitischen Vorgehen zwangsläufig Konfliktpotenzial.

Eine dritte Analyseebene bilden schließlich die Auswirkungen der zwischenstaatlichen Beziehungen auf die Bevölkerungen beider Länder. Diesen gesellschaftlichen Bereich der Zusammenarbeit zu untersuchen, ist deswegen schwierig, da er über ein quantitatives Maß hinaus schwer fassbar zu sein scheint. So muss die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Organisationen, aber auch der Umfang des Tourismus im Vordergrund stehen. Als Kernfrage ist dabei zu beantworten, ab welchem Zeitpunkt die Beziehungen als alltäglich zu bezeichnen sind und welches Ausmaß sie erreicht haben. Um dies nicht auf statistische Informationen zu beschränken, ist gleichzeitig die Frage nach Einstellungen der Bürger beider Staaten zum jeweiligen Nachbarn zu stellen: mit welchen Maßnahmen die Staatsführungen die Beziehungen propagierten, ob sich im Laufe der Jahre die Bilder vom anderen veränderten und die engen Kontakte Vorurteile und Antipathien überwinden halfen.

Bei der Erforschung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten sollten also andere Maßstäbe angelegt werden, als es in der Analyse internationaler Politik üblich ist. Nicht allein die vermeintlichen oder tatsächlichen Interessen außenpolitischer Akteure stehen zur Diskussion, sondern auch die Tiefenstruktur der „Partnerschaft“ in möglichst vielen Bereichen. Die „brüderliche Zusammenarbeit“ sollte sich an den ideologischen Ansprüchen messen lassen, die Parteifunktionäre so oft und gerne verkündeten.

FORSCHUNGS- UND QUELLENLAGE

Um die oben genannten Fragen zu beantworten, steht nur begrenzt Literatur zur Verfügung. Die historische und politikwissenschaftliche Forschung hat die Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei ebenso wie die der anderen sozialistischen Staaten zueinander bisher unzureichend untersucht⁶. Sie wurden zum einen von der kommunistischen Pu-

⁶ Eine Ausnahme bildet die Erforschung der politischen Beziehungen zwischen Polen und der DDR. Vgl. z. B. ebenda und Basil Kerski, Andrzej Kotula, Kazimierz Wóyciecki (Hgg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990* (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband 1, Osnabrück 2003).

blizistik und Historiographie sowohl der DDR als auch der Tschechoslowakei in ideologisch gefärbten Darstellungen thematisiert⁷, zum anderen von vorwiegend bundesdeutschen Wissenschaftlern aufgrund des unzugänglichen Archivmaterials nur aus der Distanz analysiert⁸. Nach der politischen Wende in der DDR und der Tschechoslowakei im Jahre 1989 hat sich der Forschungsstand kaum verbessert. Die wenigen neueren deutschen Studien nehmen fast ausschließlich die politische Ebene in den Blick und beruhen immer noch nicht auf dem heute zugänglichen Archivmaterial⁹. Da besonders tschechoslowakische Dokumente für die Zeit der fünfziger Jahre kaum ausgewertet wurden, liegt zudem vor allem eine Beschreibung der DDR-Außenpolitik vor – eine negative Folge der stark DDR-zentrierten Sicht der deutschen Forschung. Eine Ausnahme bildet hier lediglich eine Dissertation, die den Zeitraum 1961 bis 1968 behandelt¹⁰. Nur bei der Aufarbeitung der Rolle der DDR bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 erscheint die Forschungslage wesentlich günstiger¹¹.

Auf tschechischer und slowakischer Seite besteht ebenfalls großer Mangel an Studien zu den außenpolitischen Beziehungen während des Ost-West-Konflikts. Ausnahmen bilden Arbeiten, die ebenfalls vor allem das Schlüsseljahr „1968“ im Blick haben¹². Insofern wird die Geschichte gewissermaßen teleologisch interpretiert. Die meisten Arbeiten sind also entweder veraltet und ideologisch einseitig, berücksichtigen nur den spektakulärsten

⁷ Z.B. Autorenkollektiv, DDR-ČSSR.

⁸ Siehe etwa Franz Sikora, Sozialistische Solidarität und nationale Interessen. Polen, Tschechoslowakei, DDR (Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien XXXI, Köln 1977); Frank Bontschek, Die Tschechoslowakei und die DDR. Eine Analyse ihrer Beziehungen (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24, Köln 1975).

⁹ Siehe z. B. Beate Ihme-Tuchel, Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962 (Köln 1994).

¹⁰ Schwarz, Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR.

¹¹ So z. B. Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes (Bremen 1995); Lutz Prieß, Václav Kural, Manfred Wilke, Die SED und der Prager Frühling. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ (Berlin 1996).

¹² So z.B. Karel Kaplan, Kořeny československé reformy 1968. I. Československo a rozpor v sovětském bloku; II. Reforma trvale nemocné ekonomiky [Die Wurzeln der tschechoslowakischen Reformen. I. Die Tschechoslowakei und Gegensätze im sowjetischen Block; II. Reform einer dauerhaft kranken Wirtschaft] (Praha 2000); Vojtech Mencl u.a., Československo roku 1968. I díl: Obrodný proces. 2. díl: Počátky normalizace [Die Tschechoslowakei im Jahr 1968. 1. Teil: Der Erneuerungsprozess. 2. Teil: Die Anfänge der Normalisierung] (Praha 1993). Kaplan befasste sich auch mit der Einbindung der Tschechoslowakei in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW): Karel Kaplan, Československo v RVHP 1949–1956 [Die Tschechoslowakei im RGW 1949–1956] (Praha 1995); ders., Rada vzájemná hospodářské pomoci a Československo 1957–1967 [Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Tschechoslowakei 1957–1967] (Praha 2002).

Teil der Beziehungen oder beruhen nicht auf der Vielfalt des heute zugänglichen Archivmaterials. Dies ist unter anderem damit zu erklären, dass das Hauptaugenmerk der Forschung über die Beziehungen innerhalb des östlichen Lagers bisher auf der Sowjetunion lag. Handlungsspielraum bestand nach Ansicht vieler Wissenschaftler für die so genannten Satellitenstaaten nicht, weshalb sich ihrer Meinung nach die Beschäftigung mit diesem Thema erübrigte¹³. Dies ist allerdings zugleich Folge eines streng politikgeschichtlichen Forschungsansatzes, der die Fragestellungen einengt.

Um die oben formulierten Themen zu erforschen, sind aber eben nicht nur diplomatische Dokumente der Parteien, Außenministerien und Botschaften auszuwerten. Auch Akten der Massenorganisationen und Ministerien, die Statistiken über den Besucherverkehr und Literaturübersetzungen enthalten, bieten wichtige Einsichten in die Beziehungen. Interviews mit Zeitzeugen vermögen ein Bild von der Atmosphäre der Zusammenarbeit zu vermitteln, wie es Dokumente oft nicht können. Sie regen zudem dazu an, Spuren zu verfolgen, die in den Akten zunächst nicht zu erkennen sind. Ferner bilden die Presseberichterstattung und die propagandistische Publizistik eine wichtige Quellenkategorie. Aufgrund der Zensur sind weniger die Wertungen der Beziehungen interessant als das Ausmaß und die Qualität der Berichterstattung und damit die Präsenz des Partners in den Medien des jeweiligen Landes.

Zwar ist nicht zu erwarten, dass ein allgemeingültiges Gesamtbild der Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung zum jeweiligen Partner präsentiert werden kann, doch sollte zumindest der Versuch gewagt werden, diesem Aspekt der Beziehungen auf den Grund zu gehen. Hier bietet sich die Analyse einer Auswahl von Delegations- und Lageberichten der beiden Parteien und der Massenorganisationen sowie von Interviewergebnissen an. Zwar sind gerade diese Quellenkategorien mit größter Vorsicht zu interpretieren und zudem fragmentarisch, doch erlauben sie quelleninspirierte Aussagen, auf deren Grundlage über die Qualität der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten diskutiert werden kann. Im Folgenden seien einige Thesen formuliert, die sich auf eine erste Analyse des genannten Quellenmaterials und der bisher veröffentlichten Literatur stützen. Gleichzeitig soll eine Periodisierung der Beziehungen vorgeschlagen werden.

ERSTE PHASE: 1945 BIS 1949 – VORSICHTIGE ANNÄHERUNG

„Není Němec jako Němec [Deutscher ist nicht gleich Deutscher].“¹⁴
Dieser vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Klement Gottwald

¹³ Zu dieser Problematik unter anderem: Anderson, *A Cold War in the Soviet Bloc* 2f.

¹⁴ Zitiert nach: Autorenkollektiv, *DDR-ČSSR* 54.

ausgegebenen Parole zu folgen, fiel Tschechen und Slowaken nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs schwer. In den ersten Nachkriegsjahren war die Atmosphäre bestimmt von Hass und Vergeltung, die tschechoslowakische Presse voll von Attacken gegen den besiegten Gegner. Die Atmosphäre war nicht zuletzt deshalb emotional aufgeladen, weil die in der Tschechoslowakei lebenden und später vertriebenen Deutschen für die Zerschlagung der Republik und die NS-Besatzungszeit verantwortlich gemacht wurden. Dass Gottwald mit seinem Appell an die Bürger lediglich eine Neuorientierung des außenpolitischen Kurses propagandistisch verkündete, ist offensichtlich.

Diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen war eine Sache, eine Änderung der Einstellung den deutschen Nachbarn gegenüber einzuleiten, eine andere. Vor allem Gewerkschafter überwand die Distanz und ließen eine frühe Solidarität erkennen. Dass aber auf der Ebene der kommunistischen Parteien und Organisationen eine geregelte Zusammenarbeit bestand, ist keineswegs zu konstatieren. Die Kontakte blieben auf einem niedrigen Niveau und erreichten trotz aller späteren internationalistischen Rhetorik vor allem nicht die anderen Massenorganisationen. So stieß im Mai 1947 das Angebot der Freien Deutschen Jugend (FDJ), sich am Wiederaufbau des von den Nationalsozialisten vernichteten Dorfes Lidice zu beteiligen, auf Ablehnung¹⁵.

Misstrauen und Vorsicht dominierten alle Ebenen der Beziehungen. Im Detail interessierten tschechoslowakische Parteifunktionäre und Diplomaten vor allem zwei Themen: die deutsche Jugend und die Vertriebenen. In diesen beiden Bevölkerungsgruppen sahen sie die größte Gefahr. Die Jugend war durch eine 13 Jahre währende nationalsozialistische Erziehung indoktriniert, die Vertriebenen bildeten ihrer Meinung nach den Nährboden für eine potenziell „revanchistische“ Politik, die auch die deutsch-tschechoslowakischen Grenzen in Frage stellen konnte. In welchem Teil Deutschlands eine demokratische Erziehung der Jugend und die Integration der Vertriebenen aus Sicht der tschechoslowakischen Funktionäre am besten organisiert wurden, war also für das künftige Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen bedeutend. Die Berichte der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin vor und der diplomatischen Mission nach 1949 belegen, dass ihre Diplomaten die SBZ bzw. die DDR tatsächlich als Garantin für eine

¹⁵ Vgl. Edita Ivaničková, *Československo a východné Německo 1945–1949. K otázke vzniku novej kvality v československo-nemeckých vzťahoch* [Die Tschechoslowakei und Ostdeutschland 1945–1949. Zur Frage der Entstehung einer neuen Qualität in den tschechoslowakisch-ostdeutschen Beziehungen], in: *Slovanské štúdie* 23 (1982) 2, 93–115 hier 102.

sichere Nachbarschaft betrachteten¹⁶. Ideologische Präferenzen der Diplomaten spielten dabei keine Rolle. Dass gerade die Vertriebenen in der SBZ/DDR keine Interessen artikulieren konnten, im Gegenteil bald die euphemistische Bezeichnung „Umsiedler“ zugeordnet bekamen, entsprach auch den Interessen der tschechoslowakischen Funktionäre. Das Bild, das die in den westlichen Besatzungszonen entstehenden Vertriebenenorganisationen boten, wirkte aus ihrer Sicht dagegen bedrohlich.

Auf ostdeutscher Seite bestand auf der Führungsebene vor allem Interesse an tschechoslowakischer wirtschaftlicher Unterstützung, die in der Regel auch gewährt wurde. Eine politische Aufwertung ihrer Rolle im östlichen Lager versuchten SED-Repräsentanten sehr zurückhaltend zu erreichen. Es gibt außerdem kaum Hinweise darauf, dass sich innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung außer einigen Vertriebenen jemand für das Nachbarland sonderlich interessierte. Die Machtübernahme der Kommunistischen Partei (Komunistička Strana Československa, KSČ) im Februar 1948 markiert den Wendepunkt der Beziehungen aber zumindest auf der politischen Ebene. Nun trafen sich auch Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, erste Kulturdelegationen wurden ausgetauscht. Um eine geregelte und ausgedehnte Kooperation handelte es sich aber noch nicht. In beiden Ländern berichteten die Zeitungen ausführlich über die Entwicklung der „befreundeten“ Volksdemokratien¹⁷. Die gezielte Propagierung einer sozialistischen Freundschaft war in der Tschechoslowakei nun durch die gleichgeschalteten Medien möglich, die DDR-Propaganda baute systematisch ein Bild auf, das der eigenen Bevölkerung signalisierte, man stehe nicht allein.

ZWEITE PHASE: 1949 BIS 1956 – AUFBAU DER BEZIEHUNGEN

In den Jahren 1949 bis 1956 etablierte sich die Zusammenarbeit. Vertreter beider Staaten vertieften sie schrittweise, was der Austausch diplomatischer Missionen kurz nach der DDR-Gründung und deren Aufwertung zu Botschaften im Jahre 1953 symbolisiert. Die Tschechoslowakei befand sich in der Position des „Siegers“, die DDR-Führung akzeptierte die Rolle des schwächeren Partners. Nach der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen war es für sie oberstes Gebot, die Zusammenarbeit auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Für die DDR-Funktionäre war ein konfliktfreies Verhältnis wichtig, um ihren Staat außenpolitisch zu legitimieren. Fragen

¹⁶ Archiv ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Prag] (AMZV), Zprávy ZÚ [Berichte der Vertretungen], Vojenská mise [Militärmission] Berlin, 1946–1947 und 1948–1949.

¹⁷ Ivaničková, Československo a východné Německo 108ff.

von nationalem Interesse wurden zurückgestellt. Zudem fanden sich sowohl SED-Funktionäre als auch der Großteil der Bevölkerung offenbar leichter mit dem Verlust des so genannten Sudetenlandes als mit der Oder-Neiße-Grenze ab. Bei der Vertreibung hatte die KPD-Führung kooperiert, um die Belange der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei kümmern zu lassen. Die ostdeutschen Funktionäre kümmerten sich die ostdeutschen Funktionäre kaum¹⁸. Selbst begründete Forderungen sude-tendeutscher Antifaschisten gegenüber dem tschechoslowakischen Staat behandelten sie mit Vorsicht, um auf die Beziehungen keine Schatten fallen zu lassen. Lieber betrachtete man bei einer gegensätzlichen tschechoslowakischen Auffassung „die Angelegenheit als von uns für abgeschlossen“¹⁹.

Im Gegensatz zu den konfliktreichen ostdeutsch-polnischen Beziehungen fanden sich mehr Berührungspunkte zwischen der SED- und der KSČ-Politik; die ostdeutschen Genossen nahmen sich die Innen- und Außenpolitik der Tschechoslowakei zum Vorbild. Auffallend ist die Zurückhaltung gegenüber den Partnern. Die DDR befand sich viele Jahre lang in der Rolle der Bittstellerin, eine ausgesprochen schlechte Erfüllung ihrer handelspolitischen Verpflichtungen gegenüber den östlichen Partnern schränkte ihren Spielraum anfangs zusätzlich ein.

Auf der anderen Seite arrangierte sich die Tschechoslowakei allmählich mit dem ostdeutschen Staat, wobei jedoch weiterhin eine Vorsicht ihre Haltung bestimmte. Die tschechoslowakischen Funktionäre erhofften sich vor allem von einem kulturellen Austausch sehr viel. 1949 äußerte der Leiter der Militärmission in Berlin die Ansicht, die kulturelle Zusammenarbeit werde eine Erziehung der Deutschen zur (Volks-)Demokratie erleichtern²⁰. Reisen verschiedener Ensembles in das jeweils andere Land sollten den Bevölkerungen die Kultur des Partnerlandes nahe bringen. Zurück in der Heimat, berichteten Mitglieder der tschechoslowakischen Delegationen unter anderem in auflagenstarken Propagandabroschüren über ihre „positiven“ Eindrücke²¹.

¹⁸ Beate Ihme-Tuchel, Die tschechoslowakische Politik gegenüber der deutschen Minderheit und das Verhältnis zur DDR zwischen 1949 und 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996) 965–978.

¹⁹ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), DY 30/IV 2/20/197, Bl. 100f, Aktenvermerk über die Vorsprache des Geschäftsträgers an der tschechoslowakischen Botschaft, Dr. Václav Černý, in der Hauptabteilung I/2 am 8. Juni 1956 (Durchschlag), 11. Juni 1956.

²⁰ AMZV, Teritoriální odbor – obyčejný NDR [Territorialhauptabteilung – allgemein DDR] 1945–1959, Inv.-Nr. 4, Karton 3, Heft 3, nicht paginiert, Leiter der Tschechoslowakischen Militärmission (Šnejdárek) an das ČSR-Außenministerium, 30. November 1949.

²¹ So z.B. in der in einer Auflagenhöhe von 5.800 Stück gedruckten Broschüre: Božena Šochová, Cesta přátelství. Zájezd Československého státního souboru písní a tanců do

In einem immer größeren Umfang wurde Literatur übersetzt, wobei sich die Auswahl der angebotenen Werke freilich an ideologischen Vorgaben orientierte. Eine erste Freundschaftswoche im Jahre 1955 verlief sehr schematisch: Die gemeinsamen Großveranstaltungen besaßen einen verordneten Symbolcharakter, der jedem Bürger bewusst sein musste. Von einer „brüderlichen Zusammenarbeit“ konnte keine Rede sein, zu formal waren die Beziehungen, beschränkt auf die Kontakte der Funktionäre. Die so genannte Kaderpflege, die verdienten Genossen einen Urlaub im Nachbarland ermöglichte, wirft Licht auf die Profiteure der Partnerschaft. Für die Bürger war es dagegen schwierig, das jeweilige Nachbarland zu besuchen. Eigeninitiativen zur Vertiefung der Beziehungen²² wurden sowohl von der SED- als auch von der KSČ-Führung abgeblockt.

Die langsam einsetzende kulturelle Zusammenarbeit diente jenseits aller Plattitüden sozialistischer Propaganda dazu, den Nachbarn kennen zu lernen und Sympathie zu wecken. Erfolge zeigten sich aber gerade auf tschechoslowakischer Seite nur sehr langsam. Denn zwischen Ost- und Westdeutschen unterschieden keineswegs alle Bürger der Tschechoslowakei: „Die Deutschen blieben Deutsche, und deswegen sei es unmöglich, ihnen zu glauben“, beschrieb im Mai 1955 ein KSČ-Bericht Äußerungen über die DDR²³. Die politische Zusammenarbeit wirkte dagegen eher unspektakulär; gemeinsame Friedensinitiativen dienten in erster Linie dazu, den außenpolitischen Kurs der UdSSR zu unterstützen. Die Führungsmacht gab den Rahmen der Beziehungen in Gestalt des östlichen Lagers und die ideologischen Prämissen vor, und gerade in der Anfangszeit drängte sie die tschechoslowakische Regierung bei mancher Gelegenheit zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit der DDR. Sowohl die KSČ als auch die SED empfanden diese aber ohnehin als notwendige Folge ihrer sicherheitspolitischen Interessen – in erster Linie gegenüber Westdeutschland.

Německé demokratické republiky [Freundschaftsfahrt. Reise des Tschechoslowakischen Staatlichen Sing- und Tanzensembles in die Deutsche Demokratische Republik] (Praha 1953).

²² So finden sich beispielsweise im Prager Gewerkschaftsarchiv ab dem Jahr 1955 Hinweise auf verstärktes Interesse von DDR-Bürgern an Kontakten zur Tschechoslowakei. Všeoborový archiv [Allgemeines Gewerkschaftsarchiv, Prag], Bestand Mezinárodní oddelení ÚRO [Bestand Internationale Abteilung des Zentralrates der Gewerkschaften], Karton 86, Inv.-Nr. 501, Heft Německo [Deutschland], nicht paginiert.

²³ Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv, Prag] (SÚA), Archiv Ústředního výboru KSČ [Archiv des Zentralkomitees der KSČ] (AÚV KSČ), Bestand 014/12, Band 18, Archiv-Nr. 573, Bl. 3f, Informační bulletin KSČ [Informationsbulletin der KSČ], Nr. 63/1955, 19. Mai 1955.

DRITTE PHASE: 1956 BIS 1962 – AUSBAU DER BEZIEHUNGEN

Die dritte Phase der Beziehungen wurde Mitte der fünfziger Jahre eingeleitet. Nun galt es, die Kampfgemeinschaft gegen die in das westliche Militärbündnis integrierte Bundesrepublik Deutschland solide zu schmieden. Zudem rückten die DDR und die Tschechoslowakei als Reaktion auf die Lage in der unmittelbaren Nachbarschaft – die innenpolitische Entwicklung in Polen und in Ungarn 1956 – immer enger zusammen. Die intensivere Zusammenarbeit war somit in erster Linie Folge von äußeren Einflüssen und gemeinsamen Abwehrhaltungen gegenüber politischen Reformen jeglicher Art. Allein vage Hinweise auf Bemühungen der Tschechoslowakei um ein besseres Verhältnis zur BRD deuten auf Konflikte hin, die hinter den Kulissen ausgetragen wurden. Seit Bestehen beider deutscher Staaten war offensichtlich, dass sich die Tschechoslowakei von engeren Kontakten zu Westdeutschland wirtschaftliche Vorteile versprach. Die außenpolitisch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre selbstbewusstere DDR machte aber deutlich, dass dies nicht ihren und den Interessen des östlichen Lagers entsprechen würde²⁴.

Erste Unstimmigkeiten zeigten sich auch auf einem anderen Gebiet. Die so genannten „guten Dienste“, welche die Tschechoslowakei der DDR auf internationaler Ebene aufgrund der außenpolitischen Isolation Ostdeutschlands in Form der Überbringung diplomatischer Noten an westliche Staaten wiederholt leistete, empfanden manche tschechoslowakische Diplomaten allmählich als unangenehm²⁵. Eine Verschlechterung der Beziehungen zu kapitalistischen oder neutralen Staaten war nicht in ihrem Sinne, hier hatte die Solidarität ihrer Meinung nach durchaus Grenzen. Solche Diskrepanzen dürfen allerdings nicht überwertet werden. Infolge der Entwicklung im eigenen Bündnis standen die DDR und die Tschechoslowakei enger zusammen als jemals zuvor, vor allem wesentlich enger als die DDR und die Volksrepublik Polen. Als Klammer für diese enge Zusammenarbeit dienten

²⁴ Auf diese Problematik machten bereits in den siebziger Jahren aus der ČSSR emigrierte Publizisten aufmerksam. Vgl. hierzu unter anderem: Müller, Utitz, Deutschland und die Tschechoslowakei 83ff. Zum wachsenden Freiraum seit Mitte der fünfziger Jahre vgl. Michael Lemke, Die Außenbeziehungen der DDR (1949–1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989 (Berlin 2001) 63–80.

²⁵ Aus einem Gesprächsvermerk des DDR-Außenministeriums geht beispielsweise hervor, dass der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Jiří Hájek die Meinung vertreten hatte, die DDR solle diese Noten nicht immer nur in Prag überreichen. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (Pol. Arch. AA), Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), A 17837, Bl. 78, Außenminister Otto Winzer an die DDR-Botschaft in Prag (Durchschlag), 11. August 1960.

die bundesdeutsche Außenpolitik und Aktivitäten der westdeutschen Vertriebenenverbände.

Die DDR und die Tschechoslowakei stützten sich gegenseitig in ihrem harten Kurs. Treffen auf höchster Partei- und Regierungsebene leiteten 1956 eine Vertiefung der Beziehungen ein, formuliert unter anderem in einer Gemeinsamen Erklärung beider Regierungen über erweiterte kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit im September jenes Jahres. Regionale Partnerschaften zwischen Bezirken bzw. Kreisen der SED und KSČ entstanden; in den jeweiligen Hauptstädten richteten beide Länder 1955/56 gegenseitig Kultur- und Informationszentren ein, um die Bürger über Gesellschaft und Geschichte des jeweiligen Partnerlandes aufzuklären. Immer mehr Menschen reisten mit Delegationen in das Nachbarland, immer mehr persönliche Kontakte bahnten sich an. Es entwickelten sich somit (Partei- und Organisations-) Freundschaften auf breiter Ebene. Zahlreiche durchaus glaubhaft wirkende Berichte über eine gute Zusammenarbeit lassen den Schluss zu, dass sich die Beziehungen auf Delegationsebene von Jahr zu Jahr problemloser gestalteten²⁶.

Doch im Zuge der Verbesserung der offiziellen Beziehungen forderten DDR-Bürger auch größere persönliche Freizügigkeit. Sie nahmen eine Diskrepanz zwischen der propagierten Freundschaft und der Grenze zwischen beiden Staaten wahr. Die stacheldrahtbewehrte Trennung zwischen ihnen und der Tschechoslowakei widersprach ihrem Verständnis von Freundschaft. In Leserbriefen an das „Neue Deutschland“ hieß es: „Warum besteht zwischen der DDR und den befreundeten Staaten CSR und Polen kein normaler Reiseverkehr? Warum liegt zwischen den deutschen und den tschechoslowakischen Grenzposten ein Streifen Niemandsland von 250 Metern?“²⁷ Die Tschechoslowakei interessierte aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten in erster Linie als Ausflugs- und Urlaubsziel, aber auch Verwandtschaftsbeziehungen verstärkten den Wunsch nach einem freizügigeren Reiseverkehr zwischen beiden Staaten. Immer deutlicher machte es sich zudem bemerkbar, dass DDR-Bürger kulturelle Alternativen zu schätzen wussten, wobei besonders tschechoslowakische Filme beliebt waren. Umgekehrt lassen sich solche Äußerungen von Seiten der tschechoslowakischen

²⁶ So urteilte beispielsweise im Rückblick die SED-Bezirksleitung Dresden über den regionalen Delegationsaustausch mit Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem). SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV 2/20/195, Bl. 282–289 hier 282, Fernschreiben der Bezirksleitung Dresden an das Zentralkomitee der SED (Abt. Leitende Parteiorgane), 11. April 1963.

²⁷ SAPMO-BArch, Zentrales Parteiarchiv (ZPA), DY 30/IV 2/5/255, Bl. 23–25, „Neues Deutschland“, Leserbrief-Redaktion an das Zentralkomitee der SED, Sektor Parteiformation, Schwerpunkt-Analyse der Abt. Leserbriefe für die Zeit vom 23. bis 28. August 1954, 3. September 1954.

Bevölkerung kaum feststellen. Die Änderung des Negativbildes von „den Deutschen“ war ein mühevoller Prozess.

Die SED empfand die Intensivierung der Kontakte allerdings auch als Bedrohung und bemühte sich, sie bis in das kleinste Detail zu kontrollieren. Sie hatte keineswegs Interesse an einer ausufernden Partnerschaft, die eine Eigendynamik entwickeln konnte. Doch genau dies drohte aus ihrer Sicht zunehmend zu geschehen: Betriebe bewiesen größere Eigeninitiative bezüglich des Austausches von Delegationen, lokale Parteiorganisationen drängten auf einen intensiveren Besucherverkehr. Bald suchte die SED gegenzusteuern und verlangte, die Delegationen müssten einen klar festgelegten politischen oder ökonomischen Zweck erfüllen und nicht nur die Reiselust der Teilnehmer befriedigen. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass das Ausmaß gerade der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine Dimension annahm, die jene der bilateralen Zusammenarbeit anderer sozialistischer Staaten übertraf²⁸.

Der Bau der Berliner Mauer verstärkte diesen Trend noch. Zwar äußerten angesichts der Berlin-Krise im Sommer 1961 in der ČSR viele Menschen Kriegsangst²⁹, die offizielle Zusammenarbeit beeinträchtigte dies allerdings nicht. Zahlreiche Propagandadelegationen begründeten gegenüber der Bevölkerung des jeweiligen Landes die Notwendigkeit des Mauerbaus und sicherten Solidarität zu. Obwohl bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre einige tschechoslowakische Funktionäre die Entwicklung in der BRD intern differenzierter beurteilten, blieb die Gegnerschaft zur bundesdeutschen Außenpolitik und den Vertriebenenorganisationen weiterhin eine ausreichende Basis für eine intensive politische Zusammenarbeit beider Staaten. Mit dem ehemaligen tschechoslowakischen Außenminister Jiří Hájek muss davon ausgegangen werden, dass die Führung der ČSSR zumindest in der Deutschlandpolitik mit der Einstellung der Bevölkerung konform ging³⁰. Die quantitative und qualitative Zusammenarbeit wurde denn auch weiter ausgebaut, immer mehr Menschen besuchten nun das jeweilige Nachbarland.

²⁸ Darauf wiesen – allerdings ohne Quellenbelege – bereits 1972 Müller und Utitz hin. Vgl. Müller, Utitz, *Deutschland und die Tschechoslowakei* 89. Danach war Ende der fünfziger Jahre auf kulturellem Gebiet die DDR der wichtigste Partner der Tschechoslowakei, für die DDR stand die Tschechoslowakei bezüglich des Kulturaustausches nach der UdSSR an zweiter Stelle.

²⁹ Jiří Pernes, ‚Droht wieder ein Krieg wegen der Deutschen?‘ *Die Tschechoslowakei und der Mauerbau 1961*, in: Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann (Hgg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen* (Berlin 2002) 173–187.

³⁰ Jiří Hájek, *Begegnungen und Zusammenstöße. Erinnerungen des ehemaligen tschechoslowakischen Außenministers* (Freiburg im Breisgau 1987) 119.

VIERTE PHASE: 1962 BIS 1967 – ANZEICHEN DER ENTFREMDUNG

Gesprächsprotokolle der Staats- und Parteitreffen der Jahre 1961 und 1962 belegen, dass sich das Verhältnis auf höchster Ebene jedoch allmählich verschlechterte. Weder die Regierung der Tschechoslowakei noch jene Polens sah ein, warum sie trotz aller eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen Staat subventionieren sollten, der gerade einen großen Schritt in Richtung seiner Konsolidierung getan hatte³¹. Die anmaßende Haltung des Staatsratsvorsitzenden und SED-Chefs Walter Ulbricht in dieser Frage verärgerte sogar den sowjetischen Parteichef Nikita Chruščëv, wie dieser gegenüber ČSSR-Staatspräsident Antonín Novotný bemerkenswert freimütig bekannte³².

Ulbricht kritisierte die tschechoslowakische Führung aber auch aus anderen Gründen auf schulmeisterliche Art. 1962 wuchs der innenpolitische Druck auf die tschechoslowakische Parteiführung, einen Liberalisierungskurs einzuschlagen. Auf dem XII. KSČ-Parteitag setzte sie diesen Prozess schließlich in Gang – was eine spürbare Verschlechterung der Beziehungen zur SED zur Folge hatte und eine neue Phase der bilateralen Beziehungen einleitete. Zwischen beiden Parteiführungen erwies sich besonders die Kulturpolitik als Streitpunkt. Wenn die Entstalinisierung 1956 an der Tschechoslowakei auf politischem Gebiet auch weitgehend vorbeigegangen war, so galt dies nicht in demselben Maße für die Kulturpolitik³³. Im Gegensatz zur DDR-Führung, die mit den Bitterfelder Konferenzen seit 1959 eine noch strengere Reglementierung des Kulturschaffens durchsetzte, lockerte in der Tschechoslowakei die Staats- und Parteiführung ihren Griff seit 1962 noch spürbarer.

Einen offenen Streit hatte bekanntlich die Kafka-Konferenz in Liblice im Mai 1963 zur Folge. Dort vertraten tschechoslowakische Teilnehmer

³¹ So verliefen aus der Sicht der SED-Führung die Verhandlungen über wirtschaftliche Unterstützung nach dem Mauerbau vor allem mit der ČSSR und der VR Polen unbefriedigend. SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/J IV 2/2–790, Bl. 9f, Protokoll Nr. 48 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 12. September 1961, Punkt 4: Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der ČSR, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien; sowie ebenda, DY 30/J IV 2/2A–851, Bl. 30–41, hier 40f, Vorlage der Staatlichen Plankommission für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 9. September 1961.

³² Auszug aus einem Vermerk über ein Gespräch zwischen der tschechoslowakischen Delegation und N.S. Chruščëv, 7. und 8. Juni 1962, in: Michal Reiman, Petr Lesňák (Hgg.), *Studená válka 1954–1964. Sovetské dokumenty v českých archivech* [Der Kalte Krieg 1954–1964. Sowjetische Dokumente in tschechischen Archiven] (Praha 2000) Dok. 36, 360–362.

³³ Siehe zu diesem Themenbereich unter anderem: Alexej Kusák, *Kultura a politika v Československu* [Kultur und Politik in der Tschechoslowakei] 1945–1956 (Praha 1998) 381–439.

nach Meinung der DDR-Vertreter „falsche“ Auffassungen. Das SED-Zentralkomitee mahnte im Februar 1964 in seinem V. Plenum die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und zeigte sich beunruhigt über die Häufung angeblich „antimarxistischer und revisionistischer Äußerungen und Angriffe“ in Prag. Durch entsprechende Veröffentlichungen im „Neuen Deutschland“ vom 13. Februar 1964 wurde für jeden sichtbar, dass nach Ansicht der SED-Führung im Nachbarland nicht alles linientreu war. Tschechoslowakische Funktionäre zeigten ihr Unverständnis über die öffentliche Schelte hochrangiger SED-Vertreter, Novotnýs Satz: „Die Deutschen heben schon wieder den Finger“, spricht für sich³⁴. Auch auf unteren Ebenen zeigten sich tschechoslowakische Funktionäre wenig begeistert von dem Auftreten mancher SED-Genossen, die immer öfter als Lehrmeister des vermeintlich wahren Weges zum Sozialismus auftraten.

Das ostdeutsche Unverständnis über diese Entwicklung verband sich mit der Sorge vor einer allzu starken Annäherung der Tschechoslowakei an die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1966 übte die Ostpolitik der Großen Koalition auf die ČSSR Anziehungskraft aus, und die seit Langem gewünschte Normalisierung der Beziehungen schien in greifbare Nähe zu rücken. Gleichzeitig machten die Ausweitung des Tourismus mit der BRD sowie der verstärkte Austausch von Studenten deutlich, dass der westdeutsche Staat vielen tschechoslowakischen Bürgern attraktiver erschien als die DDR. Der DDR drohte aus Sicht der SED-Führung der neben der Sowjetunion zuverlässigste Partner im Kampf gegen die Bundesrepublik verloren zu gehen, ferner entfalteten die vielfältigen Kontakte auf allen Ebenen aus ihrer Perspektive eine immer negativere Wirkung.

Nach außen demonstrierten beide Staaten aber außenpolitische Kontinuität, die der am 17. März 1967 zwischen beiden Staaten abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ symbolisiert³⁵. Bezeichnend ist aber, dass im Vertrag mit der ČSSR die „Bundesrepublik Deutschland“ erwähnt wird, während im Vertrag mit Polen im DDR-Jargon von der „westdeutschen Bundesrepublik“ die Rede ist. Dieses Detail weist auf die Unstimmigkeiten hin, die bei der Vorbereitung des Textes herrschten³⁶. Die Politik gegenüber der Bundesrepublik stand somit auf der Tagesordnung beider Staaten, bloß unter umgekehrten Vorzeichen. Hoffte die ČSSR auf eine Verbesserung der Beziehungen, emp-

³⁴ Zitiert nach: Schwarz, Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 105.

³⁵ Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik XV (Berlin [Ost] 1969) 1036–1040. Zwei Tage zuvor hatte die DDR einen fast identischen Vertrag mit Polen abgeschlossen.

³⁶ Siehe hierzu und allgemein zu den konfliktreichen Verhandlungen: Schwarz, Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 234–242.

fand die SED-Führung gerade die Ostpolitik der Bundesregierung als große Bedrohung ihrer ohnehin stark eingeschränkten internationalen Bewegungsfreiheit. Insofern waren Konflikte vorprogrammiert. Jedoch ist davon auszugehen, dass die tschechoslowakische Führung keineswegs die gemeinsame Linie verlassen wollte. Ulbricht und die anderen Hardliner im SED-Politbüro missbilligten allerdings selbst geringste Modifikationen des außenpolitischen Kurses des Nachbarstaates. Dieser radikale und anmaßende Anspruch schürte selbst dort Gegensätze, wo eigentlich eine Verständigung möglich gewesen wäre.

Drei Dinge sind in diesem Zusammenhang allerdings zu betonen: Zum einen stand die ČSSR keineswegs in einem grundsätzlichen ideologischen Gegensatz zur DDR, zum anderen waren die Lager innerhalb beider Staaten nicht homogen – denn weder vertrat die gesamte KSČ einen „liberaleren“ Kurs, noch hießen alle DDR-Diplomaten das offizielle Vorgehen der SED-Führung gut. Als dritter Punkt ist hervorzuheben, dass sich die Sowjetunion zwar verärgert über den Streit zeigte, aber offensichtlich kein Machtwort sprach.

FÜNFTE PHASE: 1967 BIS 1969 – KONFLIKT

Konflikte gab es zudem weiterhin vor allem wegen der kulturellen Entwicklung in der ČSSR, wobei SED-Funktionäre auch hier eine mangelnde Distanz tschechoslowakischer Künstler und Journalisten zur BRD unterstellten. Dass die Beziehungen sich allerdings so rapide verschlechterten, ist vor allem mit den vielen Kanälen zu erklären, die beide Länder inzwischen miteinander verbanden. Durch sie verbreiteten sich auch kritische Meinungen tschechoslowakischer Intellektueller, was sich auf die Machtposition der SED negativ auszuwirken drohte³⁷. Die „brüderliche Zusammenarbeit“, die so häufig und gerne propagiert wurde, hatte schließlich den Ausbau eines ausgedehnten Beziehungsgeflechtes zwischen beiden Staaten zur Folge gehabt. Genau dieses Geflecht, das die Zusammenarbeit stärken sollte, gefährdete nun in den Augen der SED-Funktionäre die eigene Position.

Die DDR-Botschaft in Prag war in diesem Zusammenhang ein wichtiger Faktor. Sie bestimmte durch negative Berichte über Politik und Kultur in der ČSSR das Bild in Ostberlin. Aufgrund ihrer parallelen Berichterstattung an das Außenministerium und die Parteizentrale wirkte sie maßgebend auf die Meinungsbildung der Entscheidungsträger ein. Die personelle Besetzung der Botschaften belegt die Verschärfung der Konflikte – nicht umsonst entsandte die DDR-Führung 1963 mit Rudolf Engel, dem ehema-

³⁷ Vgl. hierzu auch: Bontschek, *Die Tschechoslowakei und die DDR* 9.

ligen Direktor der Akademie der Künste und Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, einen prominenten Hardliner als Kulturattaché nach Prag; ganz bewusst trat 1967 mit Peter Florin, dem Leiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED, einer der wichtigsten Männer der DDR-Außenpolitik als Botschafter an.

Die harsche und offizielle Kritik an den erstarkten tschechoslowakischen Reformkräften, unter anderem geäußert von dem Politbüromitglied und Parteiideologen Kurt Hager, rief in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit große Empörung hervor. Diese beschränkte sich nicht auf Äußerungen Intellektueller und Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, sondern zog offensichtlich weitere Kreise. Die ohnehin ambivalente, in den vergangenen Jahren mühsam verbesserte Meinung von Teilen der Bevölkerung über die Deutschen drohte sich wieder zu verschlechtern. So wendeten sich tschechoslowakische Widerstandsveteranen „an unsere treuen [deutschen] Gefährten in Kampf und Leid“, weil sie gemeinsam mit diesen nach dem Krieg als erste dazu hatten beitragen wollen, dass sich das Verhältnis zwischen beiden Völkern wieder besserte. Doch nun empfanden sie die Chance als vertan. Bei der „übergroßen Mehrheit des tschechischen und slowakischen Volkes“ sei die mühsam überwundene Meinung, „nach wie vor seien die Deutschen alle gleich geblieben“, wieder da³⁸. Eine nach eigener Aussage „alte Kommunistin“ verwies in einem Brief an Ulbricht auf die historischen Erfahrungen der Tschechen mit Deutschen. Die Erinnerung an die NS-Okkupation sei noch lebendig: „Und das einfache Volk überlegt da nicht allzuviel, um was für Deutsche es sich handelt.“ Sie schreibe den Brief, „weil ich ungern wieder in die Lage kommen möchte, meine Mitbürger überzeugen zu müssen, dass nicht alle Deutschen gleich sind und nicht als Feinde unserer Selbstständigkeit betrachtet werden dürfen.“ Hager habe der DDR einen „Bärendienst“ erwiesen³⁹.

Die DDR drängte im östlichen Lager bekanntlich in zunehmendem Maße auf eine harte Haltung gegenüber der ČSSR und trug die Entscheidung zum Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsstaaten im August 1968 mit⁴⁰. Mag sie dies als Akt der Zusammenarbeit im östlichen Lager zum Schutz eines „Bruderstaates“ aufgefasst haben, so verstanden

³⁸ SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV A 2/20/1183, nicht paginiert, Ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald an das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, Sektion der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald (Abschrift), 3. April 1968.

³⁹ SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV A 2/20/1183, nicht paginiert, Suzana W. (Prag) an Ulbricht, 7. April 1968.

⁴⁰ Siehe hierzu: Prieß, Kural, Wilke, Die SED und der Prager Frühling.

ostdeutsche Regimegegner unter Solidarität etwas ganz anders: Allein in Ostberlin registrierten Sicherheitskräfte zwischen dem 21. August und dem 8. September 1968 an 389 Stellen insgesamt 3.528 Flugblätter, in denen gegen den Einmarsch protestiert wurde⁴¹. In weiteren ostdeutschen Städten kam es ebenfalls zu Widerstandshandlungen. Das Unverständnis über die Niederschlagung des Prager Frühlings beschränkte sich offensichtlich nicht auf Dissidenten. In einem Bericht des Innenministeriums vom 22. August 1968 heißt es: „Die Stimmung unter der Bevölkerung im Bereich der aufgesuchten Kreise wird von den Leitern der Dienststellen so beurteilt, dass ein beachtlicher Teil der Bevölkerung offensichtlich unter dem Eindruck imperialistischer Sender steht und die von den 5 sozialistischen Staaten eingeleiteten Maßnahmen noch nicht als notwendig und richtig erkennt.“⁴²

Obwohl DDR-Streitkräfte an dem Einmarsch offensichtlich kaum beteiligt gewesen waren, war das Verhältnis zwischen der DDR und der ČSSR durch die Ereignisse im Jahre 1968 nachhaltig gestört⁴³. Selbst die Hardliner in der KSČ-Führung empfanden das Verhalten mancher SED-Funktionäre in den Zeiten der nachfolgenden „Normalisierung“ als Anmaßung. Doch waren die ostdeutschen Genossen selbstbewusst genug, dies zu ignorieren. Die mühsam aufgebauten Kontakte zwischen Parteikreisen, Städten, Gemeinden, Betrieben und Institutionen brachen 1968 vollkommen ab. 1969 schließlich waren die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften so gründlich zerstört, dass sie in der folgenden Zeit erst wieder mühsam geknüpft werden mussten. Nur trat nun die DDR als „Sieger“ auf und befand sich die Tschechoslowakei in der Rolle des schwächeren Partners. Die Ausgangspositionen waren gegenüber der Nachkriegszeit vertauscht.

ZUSAMMENFASSUNG

Das Kräfteverhältnis in der politischen Zusammenarbeit beider Staaten verschob sich bis 1969 deutlich zugunsten der DDR. Musste sie sich in den ersten Jahren noch etablieren und befand sie sich in einer schwachen Position, führte ihre Konsolidierung seit Mitte der fünfziger Jahre dazu, dass sich ihre Führung im östlichen Lager als Lehrmeisterin aufspielte. Eine solidarische Zusammenarbeit gab es dennoch: Sie richtete sich gegen die

⁴¹ Stefan Wolle, Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28. August 1992, 35–45 hier 43.

⁴² SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/IV A 2/12/25, nicht paginiert, Ministerium des Innern – Stab Operativ, Bericht über die Ergebnisse der am 22. August 1968 durchgeführten Kontrollen des Ministeriums des Innern.

⁴³ Vgl. zu diesem Themenkomplex: Rüdiger Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung (Berlin 1995).

BRD. Die Deutschlandpolitik dominierte alle Phasen der Beziehungen, sie blieb bis 1967 wichtigstes Bindeglied zwischen beiden Staaten. Als sich die deutschlandpolitischen Vorstellungen beider Staaten nicht mehr zu decken schienen, wurde dies offensichtlich. Gleichzeitig verband die DDR- und die KSČ-Führung in den Jahren 1956 bis 1962 eine ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Liberalisierung.

Bei der Ausgestaltung der Beziehungen im östlichen Lager besaßen beide Staaten durchaus Spielraum. Die Sowjetunion gab in der Regel nur den äußeren Rahmen vor, bestimmte aber offensichtlich nicht jeden Schritt im Einzelnen. Vor diesem Hintergrund sind denn auch erste Unstimmigkeiten gegen Ende der fünfziger Jahre zu sehen. Wenn die tschechoslowakische Diplomatie sich durch zu weit gehende Forderungen von Seiten der DDR nach „Solidarität“ bedrängt fühlte, signalisierte sie durchaus, dass die Zusammenarbeit auch Grenzen hatte. Andererseits machte die ostdeutsche Führung schon sehr früh deutlich, dass sie an einer eigenständigen tschechoslowakischen Deutschlandpolitik kein Interesse besaß. Jedoch dürfen diese Erscheinungen nicht zwangsläufig als Vorboten der Konflikte in den sechziger Jahren interpretiert werden.

Die Kooperation auf kultureller Ebene war ebenfalls derart ausgeprägt, dass sie im östlichen Lager eine Sonderstellung einnahm. Angesichts des Konzeptes einer „sozialistischen“ Außenpolitik war dies durchaus erwünscht. Das Netzwerk der gegenseitigen Verbindungen war aber auf der anderen Seite bald so groß, dass es gerade manchen DDR-Funktionären als bedrohlich erschien. Zum einen gewannen solche Kontakte eine schwer zu kontrollierende Eigendynamik, zum anderen boten sie in den sechziger Jahren zunehmend ein Einfalltor für Kritik tschechoslowakischer Intellektueller an den Zuständen in sozialistischen Staaten. Neben dem Selbstverständnis ostdeutscher Funktionäre, den „richtigen“ Weg zum Sozialismus besonders gut zu kennen, führte gerade diese Sorge zu der 1964 öffentlich geäußerten Kritik. Die DDR-Führung argwöhnte zudem, dass die BRD einen zu großen Einfluss auf die tschechoslowakische Politik gewinnen könnte.

Eine Akzeptanz des ostdeutschen Partners in der tschechoslowakischen Gesellschaft entwickelte sich nur langsam und unter Schwierigkeiten, von einer besonderen Zuneigung gegenüber der DDR kann keine Rede sein. Auf ostdeutscher Seite gestalteten sich die gesellschaftlichen Beziehungen dagegen von Beginn an weitgehend konfliktfrei. Für viele DDR-Bürger waren sie angesichts der internationalen Isolation ihres Landes eine der wenigen Möglichkeiten, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Eigeninitiative von Bürgern und untergeordneten Stellen stieß jedoch auf Misstrauen der Führung, da diese an einer solchen unkontrollierten Freundschaft kein Interesse hatte. Wenn aber – und vieles spricht dafür – die dichte Zusam-

menarbeit auf allen Ebenen tatsächlich das Bild vom anderen beeinflusste, war dies sicher nicht Resultat der offiziellen Propaganda. Gerade persönliche Begegnungen zum Beispiel im Zuge der zahlreichen Besucherdelegationen oder des sich stetig ausweitenden Reiseverkehrs dürften, wenn auch schwer messbare, Auswirkungen auf die Wahrnehmung des jeweiligen Nachbarn gehabt haben.

Von der so genannten brüderlichen Zusammenarbeit konnte somit zwar keine Rede sein, aber das Ausmaß dieser Beziehungen auf den verschiedenen Gebieten ist auffallend. Ansätze zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene bestanden in der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre durchaus. Sie wurden aber im Laufe der sechziger Jahre vor allem durch die kompromisslose SED-Politik konterkariert. Das ideologische Fundament, auf dem die Beziehungen aufgebaut worden waren, erwies sich als zu brüchig, ihre Ausgestaltung als zu formalisiert und gelenkt.

Diese vorläufigen Ergebnisse belegen, dass die viele gesellschaftliche Ebenen umfassende Konzeption bilateraler Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten durchaus Wirkung zeigte – nur eben nicht im Sinne der propagierten Stärkung der Völkerverständigung. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit war klar ersichtlich, für die Parteiführungen waren die intensiven Kontakte Mittel zum Zweck. Gerade die intransigente SED-Führung nutzte ihren wachsenden außenpolitischen Freiraum im östlichen Lager, um sehr nachdrücklich – und letztlich auch erfolgreich – klassische Interessenpolitik zu betreiben. Allerdings ließ die Gleichzeitigkeit von intensiver Kooperation und ideologischem Konflikt die Konfrontation am Ende der sechziger Jahre umso radikaler ausfallen.